# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 55 | Dresden, Mittwoch den 5. März 1924 | 35. Jahrg.


## Das Gebot der Vernunft

Von Alfred Fellisch

Das Jahr 1924 ist ein Wahljahr. Die arbeitende Bevölkerung wird entscheidende politische Kraftproben mit dem Kapital zu bestehen haben. Die kapitalistischen Widersacher, die sich unmittelbar nach der Revolution selbst als geschlagen betrachteten, fühlen sich heute wieder mächtiger als jemals zuvor. Ihr Vorgehen gegen Arbeiter, Beamte, Angestellte und alle andern ökonomisch ähnlich oder gleichgestellten Gruppen ist rücksichtsloser als ehemals, selbstherrlich, brutal. Unterstützt wird dieses Treiben durch die gegenwärtige Reichsgewalt. Stück für Stück sind die Erfolge der Revolution bereits wieder verlorengegangen. Die dürftigen letzten Reste sind in Gefahr. Nur kraftvolle Einigkeit kann der Sozialdemokratischen Partei die Stärke verleihen, die erforderlich ist, der dreisten Offensive der Reaktion Einhalt zu gebieten. In kürzester Zeit stehen wir mitten im Reichstagswahlkampf, und nicht ganz unwahrscheinlich ist es, daß uns dieses Kalenderjahr auch noch neue Wahlen zum sächsischen Landesparlament bringt. Jedenfalls müssen wir auch dazu schon in kampffähige Bereitschaft treten.

Bei dieser Sachlage ist der Gedanke erschütternd, daß zur Zeit die sächsische Sozialdemokratie durch einen heftigen Meinungskonflikt in zwei Lager gespalten ist. Gelingt es nicht, diesen betrüblichen Zustand zu beseitigen, dann müssen die nächsten Wahlkämpfe für die Arbeiterklasse in Sachsen verhängnisvoll sein. Es war darum vorauszusehen, daß sich der anfangs nur von wenigen Genossen verfochtene Verständigungsgedanke rasch durchsetzen mußte.

Es wäre nun zu fragen: Auf welcher Grundlage ist eine solche Verständigung möglich und was soll geschehen? Es ist bequem und mehr als leichtgläubig, die Lösung der Krise vom deutschen Parteitage zu erhoffen. Dieser Parteitag kann zwar einen bindenden Beschluß fassen, den notwendigen Frieden innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen, auf den es doch gerade ankommt, schafft er aber damit nicht. Eine Parteidisziplinfrage war letzter Anlaß des Streites, und eine neue Parteidisziplinfrage könnte nach einer etwaigen Entscheidung des deutschen Parteitages herausspringen. Die Disziplin ist aber in einer großen politischen Kampfpartei keine so einfache Sache, wie etwa in einem Soldatenregiment. Parteidisziplin ist wohl Unterordnung unter den Mehrheitswillen, aber sie ist nicht unbedingter Gehorsam, der bei schwerster Strafe gehalten werden muß und aus Furcht gehalten wird. Das Erfolgsziel der Parteidisziplin ist dasselbe wie das der Soldatendisziplin, nämlich Einheitlichkeit des Wollens und damit Erreichung vielfach gesteigerter Kraft. Aber mit dem Mittel der Parteidisziplin ist dieses Erfolgsziel nur zu erreichen, wenn die Unterordnung unter den Mehrheitswillen erlangt werden kann durch eine freiwillige, nicht als lästiges Opfer aufgefaßte Unterwerfung unter den zentral festgestellten Parteiwillen.

Das bedeutet, daß die Verständigung unter allen Umständen noch vor dem deutschen Parteitage kommen muß — oder sie ist nach dem Parteitag erst recht in Frage gestellt. Schon die gegenwärtigen Zustände, die sich innerhalb der sozialdemokratischen Landtagsfraktion herausgebildet haben und deren Wirkungen sich nicht mehr nur in interner Fraktionsberatung, sondern in schärfster und widerlichster Form auf der offenen Bühne des Parlaments zeigen, sind nach meiner Meinung weder für eine Koalitionsregierung noch für irgendeine der Koalitionsparteien, am wenigsten aber für die Sozialdemokratie selbst auch nur für kurze Zeit, geschweige denn auf die Dauer erträglich. Eine Koalition, die nicht einmal im öffentlichen Parlament die Fraktionen der Koalitionsparteien geschlossen hinter sich hat, die, parlamentarisch-demokratisch betrachtet, auf zu tönernen Füßen, um Aussicht oder Anrecht auf lange Dauer zu haben. Wer diese Koalition festigen will, um in der heutigen Situation den Extremen der äußersten Rechten und der äußersten Linken die Erreichung gesteigerten und verhängnisvoll wirkenden politischen Einflusses nicht allzu leicht zu machen, der muß als Sozialdemokrat die Verständigung ernstlich wollen und erstreben.

Wie lange die bürgerlichen Parteien gewillt und von ihrem Parteiinteresse aus betrachtet imstande sein werden, unter so widrigen Verhältnissen, wie sie jetzt bestehen, die Koalition zu stützen und zu halten, ist doch immerhin zum mindesten fraglich. Eine Weile können sie freilich dieses Spiel sehr gut ertragen, denn jeder Tag so scharfer innerpolitischer Auseinandersetzungen schwächt zunächst noch die Kampfkraft der Sozialdemokratischen Partei. Vielleicht hofft man auch im bürgerlichen Lager noch, daß sich der sozialdemokratische Parteikonflikt bis zu einer neuen Spaltung verschärft. Freilich eine törichte Hoffnung, aber wer weiß, ob sie nicht doch vorhanden ist. Die Genossinnen und Genossen im Lande müssen also bei gewissenhafter Einschätzung ihrer Interessen eine Verständigung verlangen.

Soll diese Verständigung jedoch gelingen, dann muß auf beiden Seiten das gegenseitige Vertrauen vorhanden sein, daß der andere Teil ehrlich diese Verständigung will. Wird das Werk der Verständigung sicherlich immer schwerer dadurch, daß die Minderheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sich nicht mehr an die Mehrheitsbeschlüsse der Fraktion gebunden erachtet, so ist die Schädigung des Einigungswerkes nicht geringer, die dadurch entsteht, daß ein Mitglied der Fraktionsmehrheit der Minderheit die Ehrlichkeit bei ihrem Verständigungsangebot abspricht, wie das in der letzten öffentlichen Landtagssitzung geschah. Ganz abgesehen davon, daß es taktlos ist und zweifellos verletzend wirkt, wenn solche Auseinandersetzungen, die nur die Fraktion gehören, in der Plenarsitzung der Kammer erfolgen, so steht doch zunächst die Tatsache fest, daß die Fraktionsminderheit das Angebot zur Verständigung gemacht hat. Ebenso fest steht die andere Tatsache, daß sich die Mehrheit zu Verhandlungen bereit erklärt hat, und sie wird jetzt zu beweisen haben, ob sie bereit ist, der Gegenseite im Interesse der Gesamtbewegung auf halbem Wege entgegen zu kommen. Die letzte gemeinsame Sitzung der Landesinstanzen und der Fraktion hat den gemeinsame Neunerkommission zur Schlichtung eingesetzt. Diese Kommission hat ihre Beratungen noch nicht einmal begonnen. Woher nimmt daher jemand schon jetzt das Recht, dem andern Teile Ehrlichkeit und guten Willen abzusprechen? Aber selbst derjenige, der vielleicht persönlich aus innerlicher Ueberzeugung an dieser Ehrlichkeit zweifelt, ist es nach meinem Dafürhalten dem übergeordneten Gesamtinteresse der Partei schuldig, so lange mit einer solchen Beschuldigung zurückzuhalten, bis die Schuld erwiesen ist. Als objektiv Urteilender schwebt man sonst allzusehr in der Versuchung, anzunehmen, daß es dem Anschuldiger selbst am wenigsten Ernst mit der Verständigung ist.

Wollen wir also zur Verständigung kommen, so sind folgende Voraussetzungen erforderlich: 1. der gute Wille beider Teile, vor allem auf Seiten der Fünfundzwanzig; 2. Wiederherstellung der Fraktionsdisziplin für die Zeit, da der Einigungsversuch im Gange ist. Ueber die Kernfrage wird in den Verhandlungen zu reden sein.

Viel wäre weiter gewonnen, wenn sich in der Zeit der Klärung beide Flügel von jetzt an bemühen würden, bei solchen Debatten nicht gerade die taktisch ungeschicktesten und der Versöhnung vielleicht nicht gerade mit größter Liebe zugeneigten Redner vorzuschicken.

Im übrigen darf es nicht so weit gehen, daß in Parteiversammlungen jeder Genosse für unwürdig zur Tragung eines Mandats erklärt wird, der in komplizierter Situation, seiner Ueberzeugung folgend, einen eigenen Standpunkt eingenommen hat. Man mache daraus keine Prinzipienfrage, sondern überlasse es den Wahlkreisen allein, zu bestimmen, wen sie wieder wählen wollen und wen sie aus irgendwelchen Gründen nicht mehr mögen. Das Mandat ist nicht auf Lebenslänglichkeit verliehen, es darf aber auch für seinen Träger nicht Ausschaltung der persönlichen Meinung bedeuten. Von diesen Gesichtspunkten wird sich auch die Neunerkommission leiten lassen müssen.

Ohne vorherige Einigung und Wiederherstellung einer geeinigten Landtagsfraktion kann es für die Sozialdemokratie keinen Wahlerfolg, sondern nur schwere Niederlagen geben. Die Verantwortung ist groß und mit berechtigter Wachsamkeit beobachten die Genossinnen und Genossen jetzt ihre Führer.

## Die Verbannung des Kalifen

rs. Paris, 5. März. (Eig. Drahtm.) Aus Konstantinopel wird den Times gemeldet: Der Beschluß der Nationalversammlung, den Kalifen und seine Familie aus Konstantinopel zu verbannen, wurde in der letzten Nacht um 2 Uhr morgens durch den Wali bekanntgegeben. Mit diesem erschienen gleichzeitig ein Vertreter des Außenministeriums von Angora sowie der Polizeichef von Konstantinopel und eine Reihe von Schutzleuten. Nach der Verlesung des Absetzungsdekrets erhielt der Kalif eine Frist, um Konstantinopel zu verlassen. Er wurde dann nach Tschaalitsche gebracht, wo ihn ein Sonderzug nach der Schweiz abführte.

Bei der Debatte in der Nationalversammlung in Angora erlitt Kemal Pascha eine Niederlage. Er stellte den Antrag, daß die Mitglieder der kaiserlichen Familie nicht verbannt werden sollten. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt.

## Konflikt wegen der Finanzkontrolle

rs. Berlin, 5. März. (Eig. Drahtm.) Zwischen Dr. Schacht und dem Sachverständigenausschuß in Paris ist ein Konflikt entstanden. Dr. Schacht sprach sich im Namen der Reichsregierung gegen die beabsichtigte Einführung der Finanzkontrolle in Deutschland aus, während die Sachverständigen auf dem Standpunkt stehen, daß das Vertrauen zu Deutschland nur durch die Einführung der Kontrolle wiederhergestellt werden könne. Es wurde Dr. Schacht bedeutet, daß auch Oesterreich und Ungarn sich diese Kontrolle gefallen lassen müßten. Schacht erwiderte, daß eine solche Kontrolle mit der Würde Deutschlands unvereinbar sei. Danach wurde Dr. Schacht ersucht, nach Berlin zu reisen und mit der Reichsregierung darüber zu beraten. Bis zu seiner Rückkehr nach Paris, Mitte nächster Woche, wird die Frage der Finanzkontrolle von dem Sachverständigenausschuß erörtert werden, da er die Absicht hat, den Grundsatz der internationalen Kontrolle fallen zu lassen. Infolge des Widerstandes der Reichsregierung wäre es möglich, daß die Schlußberichterstattung der Sachverständigen an die Regierungen sich verzögern könnte.

Die Pariser Ausgabe des New York Herald erfährt, daß die Sachverständigenausschüsse bei der Bewilligung einer Anleihe für Deutschland insbesondere daran denken, wie die 12 000 Millionen Rentenmark aus dem Verkehr zurückgezogen werden könnten. Es handle sich bei der Anleihe nicht darum, Reparationszahlungen zu leisten. Diese sollen erst laufen, wenn das deutsche Budget es möglich macht und sobald die deutsche Währung stabilisiert ist. Die auswärtigen Direktoren der künftigen deutschen Bank sollen nicht von den verschiedenen Regierungen, sondern von den Emissionsbanken der einzelnen Länder ernannt werden. Auch die amerikanische Zentralreservebank soll gebeten werden, ein amerikanisches Mitglied zu ernennen. Der Präsident der Bank soll ein Deutscher sein, aber ein auswärtiger Kontrolleur soll das Vetorecht bekommen, falls die Mehrheit des Verwaltungsrates mit der Inflationswirtschaft wieder beginnen sollte. Allmählich würde das Direktorium in deutsche Hände übergehen, wenn Deutschland alle seine Verpflichtungen erfülle. Die Befürchtung, daß die Souveränität Deutschlands beeinflußt werden könne, sei unberechtigt. Die Anleihe für Deutschland solle nach dem Muster der japanischen erfolgen. Die Bankiers der einzelnen Länder, die Kapitalien zur Verfügung haben, sollen über die Höhe ihrer Zeichnungen entscheiden. Das Komitee bemüht sich, herauszufinden, was man Frankreich als Ersatz für die Aufhebung der Ruhrbesetzung bieten könne. Man will Frankreich Garantien geben, daß es einen Teil der Eisenbahnen und andrer deutscher Einnahmen erhält, und zwar in derselben Höhe, wie es aus dem Ruhrgebiet fließt.

# Praktische Arbeit oder Demonstration?

### Das Problem einer Arbeiterregierung im kapitalistischen Staat

Von unserm Londoner Mitarbeiter

London, 2. März.

Die englische Arbeiterregierung hat nun die ersten Parlamentsstürme hinter sich. Es waren zwei Wochen heikler und heftiger Debatten: die angebliche Ueberschreitung des Armenfürsorgegesetzes durch die sozialistischen Fürsorger von Poplar; die Erklärungen der Regierung, daß sie sowohl das Luftflottenbauprogramm der Regierung Baldwin ausführen als den Bau von fünf Ersatzkreuzern durchführen wolle; und schließlich die von Macdonald im Parlament öffentlich desavouierte Erklärung Hendersons, daß das selbstverständliche Ziel der Regierung die Revision des Friedens von Versailles sei.

Von all diesen Schwierigkeiten und Zwischenfällen ist der letzte, die Stellungnahme Macdonalds zu Versailles, der charakteristischste. Macdonald stand während des Krieges an der Spitze der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) und damit an der Spitze der Kriegsgegner, als „Verräter" und Freund der Deutschen verfemt und bespien. Er ist nicht der Mann, der seine Grundsätze wechselt. Nach dem Kriege hat auch die Labour Party mit als erste gegen die Gewaltpolitik der „Friedensverträge" Stellung genommen. Jedes Manifest, jeder Wahlaufruf der Labour Party enthält die Forderung nach der Revision. Es kann kein Zweifel sein, daß die Regierung der Arbeiterpartei nach wie vor den Wunsch und die Absicht hat, diese Forderung in die Tat umzusetzen. Und dennoch weicht Macdonald der Erklärung aus?

Der unmittelbare taktische Grund für dieses Verhalten ist bald gefunden. Man weiß, wie sehr schon die Tatsache der Existenz der englischen Arbeiterregierung den Umschwung in Frankreich gefördert hat. Man weiß aber auch, wie der französische Chauvinismus darauf bedacht ist, England und besonders die englische Arbeiterpartei als Frankreichs „Feind" hinzustellen, dessen bedrohliches Eingreifen in die europäischen Verhältnisse Frankreichs Sicherheit und Machtstellung gefährdet. Unter diesen Umständen stärkt tatsächlich jedes unvorsichtige Wort Macdonals die Wahlaussichten Poincarés. Deshalb hat sich der englische Premier bemüht, auch mit der öffentlichen Meinung Frankreichs in ein Verhältnis der Versöhnlichkeit und des Vertrauens zu kommen, das es den gegenwärtigen Machthabern schwerer machen soll, ihn als Popanz zur Verbesserung ihrer erschütterten Stellung zu mißbrauchen. Darum hütet er sich, nachdem ihm dies gelungen ist, ein Wort von der Revision der Friedensverträge zu sagen, das in Frankreich als ein unfreundlicher Akt aufgefaßt würde und den Sturz der Regierung Poincaré — ohne den, wie Macdonald sehr wohl weiß, die Revision der Verträge nicht zu erlangen ist — eher hemmen als fördern müßte. Freilich weist in der letzten Nummer des New Leader Genosse Brailsford mit Recht darauf hin, daß nicht nur in Frankreich, auch in Deutschland Wahlen bevorstehen und daß eine Entmutigung der demokratischen Elemente in Deutschland, die sich in einem Wahlsieg der deutschen Reaktion ausdrücken würde, Poincarés Stellung um nichts weniger befestigen könnte, als eine klare Erklärung der englischen Regierung.

Hier stoßen wir auf das eigentliche Problem, das sich in dieser wie in mancher andern Handlung der englischen Arbeiterregierung birgt und das wir zu verstehen versuchen müssen, wenn wir uns vor Enttäuschungen bewahren wollen. Wir haben bei einer früheren Gelegenheit das Ministerium Macdonald eine Regierung der praktischen Arbeit genannt. Wir haben als die besonderen Schwierigkeiten dieser Regierung erklärt, daß sie erstens eine Regierung der Arbeiterklasse ist, von größeren Hoffnungen und Erwartungen, aber auch von ungleich größeren Forderungen und Aufgaben ihrer Klasse begleitet, und daß sie zweitens eine Minderheitsregierung ist, die eben darum ihre großen Aufgaben mit einem bloßen Drittel der Stimmen im Parlament nur um so viel schwieriger erfüllen kann. Wir sehen heute die Arbeiterregierung der dritten selbstverständlichen Schwierigkeit gegenüber, die die allgemeine und grundlegende ist: **der Schwierigkeit sozialistischen Regierens im kapitalistischen Staat.**

Diese prinzipielle Schwierigkeit ist die tiefste Ursache, aus der alle Zwischenfälle der Parlamentsdebatten entstehen; und es ist kein Wunder, daß sie gleich in den ersten Wochen in allen möglichen Gestalten aufgetaucht ist. Darum muß Macdonald, der Kriegsgegner, erklären lassen, daß er in einer Welt, die von Waffen starrt, zwar zur allgemeinen Abrüstung bereit ist, aber, bevor er sie erlangen kann, die englische Luftflotte ausbauen muß. Darum kann Macdonald, der die Politik von Versailles mit Einsatz seiner ganzen Existenz bekämpft hat, nicht erklären, daß er ihre Revision verlange — weil er es nicht mit einem isolierten England, sondern mit einer ganzen kapitalistischen Welt zu tun hat, in der auch Poincaré ein Machtfaktor ist.

Macdonalds Methode ist: Vorsichtig die Kontinuität wahrend und ängstlich darauf bedacht, die Oeffentlichkeit nicht zu beunruhigen, macht sie nicht sozialistische Demonstration, sondern unscheinbare praktische Politik. Sie begnügt sich, das große geschichtliche Ereignis, das sie durch ihre bloße Existenz darstellt, einfach zu sein; sie unterläßt es, dieses Ereignis zu markieren.

Diese Methode, die vor allem trachtet, die rasch erworbene Beruhigung und Wohlmeinung auch der Fernstehenden und Gegner nicht zu gefährden, hat in der Innenpolitik unzweifelhaft Erfolge gebracht. Nach der Beilegung zweier Streiks, der Verbesserung des Mieterschutzes und der Arbeitslosenversicherung, der Verständigung über ein staat-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240305/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG